

Wahlprüfstein Hebammen für Deutschland e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Geburtshilfe/Schwangerenvorsorge</p> <p>Im Mutterpass gibt es keine Klarheit darüber, welche Angebote unter freiwillige Vorsorge fallen und welche Zusatzangebote des Gesundheitsmarktes sind. Sehen Sie ein Informationsgebot gegenüber den jährlich 800 000 Frauen, die ein Kind zur Welt bringen? Wie setzt ihre Partei diese Forderung um?</p>	<p>Seit Jahren setzt sich die SPD für umfassende Informationen über so genannte individuelle Gesundheitsleistungen und auch ein Angebotsverbot beispielsweise im Zusammenhang mit einer medizinischen Behandlung GKV-Versicherter ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass Versicherte von Ärztinnen und Ärzten zum Teil zur Inanspruchnahme derartiger Leistungen gedrängt werden und über die Kostenfolgen im Unklaren gelassen werden. Allerdings sind gesetzliche Ausschlussregelungen mit dem Koalitionspartner bisher nicht umsetzbar gewesen. Die SPD wird sich dafür weiter stark machen.</p>
<p>Kooperation Hebammen/Gynäkolog*innen in der Schwangerschaft</p> <p>Gleichberechtigte Vorsorge von ÄrztInnen/Hebammen ist im SGB geregelt. Täglich werden auf dem Rücken schwangerer Frauen Rivalitäten ausgetragen. Die MuschRL sagt, dass ÄrztInnen delegieren müssen, was dem Hebammenberufsrecht widerspricht. Was werden Sie gegen diese Normenkollision unternehmen?</p>	<p>Die SPD setzt sich seit langer Zeit dafür ein, dass die Kompetenzen der Fachberufe, auch die Kompetenzen der Hebammen, gestärkt werden. Allerdings entscheidet über die Mutterschutzrichtlinie nicht die Politik oder der Gesetzgeber, sondern der Gemeinsame Bundesausschuss als Selbstverwaltungsgremium. Die SPD wird, wo auch immer das möglich ist, darauf hinwirken, dass die Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten und Hebammen auf Augenhöhe stattfindet.</p>
<p>Geburt</p>	
<p>Die Eins-zu-eins-Betreuung jeder Gebärenden durch eine Hebamme ist</p>	<p>Für eine gute Geburtsbegleitung ist ein Betreuungsschlüssel für</p>

<p>notwendig zur Umsetzung der neuen S3-Leitlinie und um Kaiserschnitte, Interventionen und traumatisierende Geburtserfahrungen zu vermindern. Welche Maßnahme ergreifen Sie, um diese Forderung im Kreißaal umsetzen zu lassen?</p>	<p>Hebammen notwendig, der eine Eins-zu-eins-Betreuung im Kreißaal vorsieht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass das Realität wird.</p>
<p>Geburtshilfe</p>	
<p>Durch hohe Haftpflichtkosten für Hebammen in Deutschland ist das Angebot der Geburtshäuser und Hausgeburtshilfe minimiert. Gebärende und Hebammen werden mit diesem Problem allein gelassen. Was gedenkt Ihre Partei konkret zu unternehmen, damit die physiologische Geburt endlich der Normalfall wird?</p>	<p>Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes, ob stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus oder in den eigenen vier Wänden. Ganz entscheidend ist dafür, dass ausreichend Hebammen für die Geburtsbetreuung zur Verfügung stehen. Die Attraktivität des Hebammenberufes ist dringend zu stärken. Auch deshalb setzt sich die SPD für eine leistungsgerechte Vergütung der freiberuflichen Hebammen ein, die ihre verantwortungsvollen Aufgaben umfassend berücksichtigt und Haftungsrisiken minimiert.</p>
<p>Ökonomisierung der Geburtshilfe</p>	
<p>Es fehlen außerklinische Geburtsorte, Geburtsstationen schließen. Wichtigster Grund: ein verfehltes Abrechnungssystem (DRG). Gebärende sind Teil des Wirtschaftssystems der Krankenkassen, die medizinische Eingriffe belohnen. Welche Maßnahmen plant ihre Partei, um diesem Missstand zu begegnen?</p>	<p>Die SPD hat sich in ihrem Zukunftsprogramm dafür ausgesprochen, auch die Geburtshilfe aus dem System der „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ zu entlassen. Geburtshilfe ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das bedeutet auch, dass Versorgungssicherheit und Qualität Vorrang haben vor gewinnorientierter Marktlogik.</p>
<p>Unterstützung in der Familiengründung</p>	
<p>Familiennahe Unterstützung vor, während und nach der Geburt ist Haushaltshilfe in Schwangerschaft/Geburt, wie sie im SGB V verankert und weitgehend unbekannt ist. Setzen Sie sich Ihre Partei für die</p>	<p>Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gute Bedingungen für die Gründung einer Familie zu schaffen. werdende Eltern brauchen vor, während und nach der Geburt</p>

Anerkennung des Berufs der Mütterpflege und bezahlte Freistellung von Vätern ein?

passgenaue Unterstützungsleistungen. Über die bereits bestehenden Ansprüche muss von allen beteiligten Professionen (z.B. Ärzte, Hebammen, Krankenkassen) besser informiert und beraten werden. Weitergehende Unterstützungsangebote, wie beispielsweise die angesprochene Mütterpflege oder die bezahlte Freistellung von Vätern müssen in der kommenden Wahlperiode beraten werden.